



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Bericht Über die Interparlamentarische Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP, GSVP)

Zypern 09/10. September 2012

Hintergrund:

Die demokratische Legitimität im Bereich der GASP/GSVP wurde gestärkt durch das Mandat im Protokoll 1 zum Vertrag von Lissabon, künftig auch Interparlamentarische Konferenzen zur Fragen der GASP/ GSVP zu organisieren. Im April 2012 wurde eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament (EP) und den nationalen Parlamenten zur institutionalisierten Ausgestaltung erreicht.

Die Interparlamentarische Konferenz besteht aus den Mitgliedern der Auswärtigen Ausschüsse und der Verteidigungsausschüsse und tritt daher an die Stelle der Konferenz der Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse (COFACC) und der Konferenz der Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse (CODACC). Das EP ist mit 16 Abgeordneten beteiligt.

Zusammensetzung der deutschen Delegation:

Johannes Pflug (Delegationsleiter), SPD	AA (Auswärtiger Ausschuss)
Joachim Spatz, FDP	VA (Verteidigungsausschuss)
Roderich Kiesewetter, CDU	AA
Thomas Silberhorn, CSU	AA
Katja Keul, Grüne	VA
Sevim Dagdelem, Linke	AA

Identifizierte Grüne TeilnehmerInnen:

Tarja Cronberg, EP, Finnland
Felix Braz, Luxemburg
Bodil Ceballos, Schweden

Geschäftsordnung:

Im Vorfeld der Konferenz sind von vielen Delegationen Änderungsanträge zur Geschäftsordnung eingegangen, die erkennen lassen, wie unterschiedlich der Charakter der Versammlung betrachtet wird.

Da ist zunächst einmal die Frage der Delegationsgrößen, die durch die Einigung der Parlamentspräsidenten auf 6 Abgeordnete pro Mitgliedsland festgelegt wird. Je stärker man die Durchsetzungskraft der Versammlung erreichen will, desto eher ist eine Zusammensetzung anzustreben, die die Proportionalität zur Größe der Mitgliedsstaaten berücksichtigt. So auch der ursprüngliche Vorschlag unserer Fraktion. Durch die Festlegung der Präsidenten der Parlamente ist



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

2

allerdings deutlich geworden, dass diese Position, die inzwischen auch nur noch von Deutschland allein getragen wurde nicht mehr durchsetzbar ist.

Streitig ist außerdem, ob die Versammlung nur dem Austausch von Informationen dienen soll oder auch Empfehlungen beschließen können soll. Die deutsche Delegation schlug vor, Mehrheitsbeschlüsse und die Verankerung politischer Gruppen durchzusetzen, um die Versammlung insgesamt zu stärken.

Der ersten Konferenztag begann mit dem Briefing durch die Botschafterin.

Situation Zypern: die Regierung hält die Staatspleite Zyperns für einen Kollateralschaden der Krise in Griechenland. In Wirklichkeit gibt es auch hier im wesentlichen geschönte Zahlen und intransparente Strukturen. Die Steuersätze sind sehr niedrig – dafür werden diese geringen Steuern wenigstens gezahlt. Zypern hat am 25.06. einen Antrag beim EFSF gestellt, so dass die Finanzen jetzt von der Troika geprüft werden.

In der Zypernfrage gibt es wenig Bewegung. Neu war mir, dass die Briten sich seit der Unabhängigkeit Zyperns 1960 Militärbasen mit eigenem Hoheitsgebiet vorbehalten haben. Diese Territorien sind im Gegensatz zum türkisch besetzten Norden nicht einmal Teil der EU geworden!

Während wir als Delegation uns vor und nach dem Briefing durch die Botschafterin am Morgen intensiv mit allen Änderungsanträgen befassten und feststellten, dass es einige gemeinsame Ansätze der französischen und der deutschen Delegation gibt, hat Elmar Brok, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, zeitgleich dafür gesorgt, dass es eine neue Version der Geschäftsordnung gibt, in der keine der deutschen Vorschläge berücksichtigt wurde und die er in der Mittags stattfindenden Sitzung der Delegationsleiter präsentiert, und trotz des Protestes unseres Delegationsleiters zu Beginn der Plenarsitzung als Konsens darstellt. Der Vorschlag eine adhoc Kommission zur Geschäftsordnung einzurichten und in 18 Monaten darüber zu befinden ist zwar m.E. nicht schlecht, da wir wahrscheinlich ohnehin die Abstimmungen zum jetzigen Zeitpunkt verloren hätten, aber das Vorgehen der Versammlungsleitung ist in der Tat empörend. Der Top wird damit eröffnet, dass man keine Zeit habe sich mit solchen Formalien zu befassen und dass sicherlich Konsens bestünde auf die Debatte zu verzichten, während sich unser Delegationsleiter permanent versucht zu Wort zu melden und ignoriert wird.

Brok (CDU) , der unsere Konferenz offensichtlich als Angriff auf das europäische Parlament versteht, hat sich zunächst mal in voller Linie durchgesetzt. Im Gespräch bestätigen mir die EPLer genau diese Grundhaltung ihres Delegationsleiters. Aus meiner Sicht ist die Konferenz vielmehr gerade der Versuch die Zusammenarbeit mit dem EP zu intensivieren und die GASP/GSVP zu europäisieren. Jetzt ist zunächst einmal klar gestellt, dass wir uns lediglich zum reinen Informationsaustausch treffen und nicht mal Resolutionen verabschieden können.

Ironie des Schicksals ist, dass Brok eine erstaunliche Interessengemeinschaft mit der britischen Delegation eingeht. Die Briten bestreiten einerseits, dass die Konferenz dazu dienen soll einen europäischen Konsens zu fördern und bestehen andererseits darauf, dass Beschlüsse nur im Konsens gefasst werden können. Deutlicher kann man nicht sagen, dass aus ihrer Sicht die Konferenz nichts beschließen soll.

2



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

3

Meine Empörung ist nur halb so stark wie die der Unionskollegen, da klar war, dass wir bei einer Abstimmung nicht hätten gewinnen können. So haben wir Zeit mit den Franzosen gemeinsam weitere Verbündete zu suchen. Die Infragestellung der Delegationsstärken sollten wir m.E. allerdings nicht aufrecht erhalten, da wir damit verhindern, die Unterstützung kleinerer Mitgliedsstaaten zu bekommen.

Nicht hinzunehmen ist m.E. allerdings die Vorgabe, dass pro nationaler Delegation nur ein Redebeitrag pro Top möglich sein soll. Schließlich sind wir nicht angereist, um den kleinstmöglichen deutschen Konsens vorzutragen, sondern um politischen Meinungs austausch auf europäischem Niveau zu betreiben.

Im weiteren Verlauf der Konferenz wird deutlich, dass außer uns auch viele andere die Inbesitznahme der Versammlung durch Elmar Brok empörend finden, was auch durch Redebeiträge zum Ende der Konferenz noch mal klar wird. Möglicherweise könnte dieses „Überziehen“ durch Brok doch noch dazu führen hilfreiche Allianzen zum Thema Geschäftsordnung zu finden. Schwierig wird es allerdings, da jetzt Konsens vereinbart ist und die Festlegung der Tagesordnung und die Einladung der Gäste immer nur in Kooperation mit dem EP, d.h. durch Bork festgelegt wird, während wir nationalen Parlamentarier keinerlei institutionalisiertes Koordinierungsgremium haben.

Der nachfolgende Vortrag von Lady Ashton gibt einen Vorgeschmack auf die in diesem Rahmen erfolgenden inhaltlichen Debatten. Untermalt von Reisefotos erzählt sie uns von Gesprächen, die sie weltweit mit verschiedenen Menschen in verschiedenen Krisen geführt hat. Auf die Nachfragen der Abgeordneten erfährt man dann, dass alles schwierig sei und man sich um Lösungen bemühe. Auf den absehbaren Angriff unserer Linken Kollegin Sevim Dagdelem, die Ashton unterstellt die Interessen der Kapitals weltweit mit Gewalt durchzusetzen, fällt ihr nicht mehr ein, als zu betonen was sie alles Gute für die Menschen in der Welt bewirkt. Ich werde den Eindruck nicht los, sie hält die GASP/GSVP für eine große karitative Veranstaltung.

Es war das erste Mal, dass ich Lady Ashton live erlebt habe und ich bin nicht gerade begeistert. Die Einschätzung eines französischen EPLers beim abendlichen Tischgespräch war da noch deutlicher: Ashton sei eine Katastrophe, aber der Vorteil sei, dass sie sich überhaupt nicht gegen das Parlament durchsetzen könne und daher voll unter der Kontrolle von Elmar Brok stehe. So kann man es natürlich auch sehen.

Die Inputvorträge der zyprischen Außenministerin und des EU Sonderbeauftragten für das südliche Mittelmeer, Bernardino Leon, am nächsten Tag zu dem Top Arabischer Frühling sind im Kontrast dadurch erheblich konkreter und politischer. Beide fordern mehr Geduld mit den Staaten im Umbruch und die Stärkung der Mittelmeerunion. Nach Auffassung Leons sollte diese Union politischer werden. Er betont die wichtige Rolle der Parlamentarier. Interessant ist Leons Forderung über die Rückführung der durch die Diktatoren gestohlenen Gelder aus den EU Ländern zu reden. Das sei ein ganz entscheidender Schritt, auf den wir uns einigen sollten.

3



Katja Keul

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Geschäftsführerin
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

4

Die Nachfragen im Hinblick auf den Nahost Konflikt beantwortet er nicht mit Hinweis auf seine Zuständigkeit. Es liegt auf der Hand für die nächste Konferenz den EU Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, Reineke, einzuladen.

Der als Gast anwesende Parlamentarier aus dem Libanon erhält zweimal das Wort und warnt eindringlich vor einer Spaltung der libanesischen Gesellschaft.

Am Nachmittag sprach der zyprische Verteidigungsminister über die Schwerpunkte der Präsidentschaft im Bereich Verteidigung, darunter:

- Entwicklung der militärischen Fähigkeiten, gemeinsame Kultur im Bereich der GSVP
- Rolle der EDA Pooling und Sharing
- EU soll humanitäre Entwicklung fördern, vor allem im Nahen Osten
- Kontrolle der Meere und der maritimen Sicherheit als Anti-Terrorstrategie

Die Präsidentschaft organisiert Seminare zu diesen Fragen und will ein Buch veröffentlichen. Zu Zypern und den Gasquellen in der AWZ: ein weiterer Grund die Zypernfrage schnellstmöglich zu lösen. Die Türkei bedrohe inzwischen die europäischen Unternehmen, die sich um die weitere Förderlizenzen bewerben. Die erste Lizenz ging an ein amerikanisches Unternehmen.

Conclusions:

Der erste Entwurf ist erfreulich, wenn auch sehr allgemein gehalten, was in Anbetracht der Debatten aber kaum anders möglich ist. Die baltischen Staaten haben Ergänzungen hinsichtlich der Ostseeanrainerstaaten und die Niederländer wollen die Zusammenarbeit mit der NATO festschreiben, woraufhin andere die UN Charta und das Völkerrecht mit aufnehmen lassen.

Der größte Mehrwert dieser Konferenz war aus meiner Sicht die Möglichkeit der Vernetzung grüner Außen- und Verteidigungspolitiker. Es war zwar nicht so einfach uns zu finden, da auf der Teilnehmerliste keine Parteizugehörigkeit, sondern nur Nationalität vermerkt war (Zufall oder Absicht?) – wir haben aber einvernehmlich beschlossen, künftig in Kontakt zu bleiben und uns im Vorfeld der nächsten Konferenz zu treffen, um gezielt einige grüne Punkte, vor allem das Thema Rüstungsexportkontrolle, zur Sprache zu bringen.